**Publikation:** osso **Pagina:** 6 **Ist-Farben:** cmyk0
**Ressort:** so-pw **Erscheinungstag:** 8. 12. 2013 **MPS-Planfarben:** cmyk



## Lazzeri zum Bischof von Lugano geweiht

**LUGANO.** Gestern ist Valerio Lazzeri zum neuen Bischof von Lugano geweiht worden. Etwa 200 Kleriker aus der Schweiz und dem Ausland sowie zahlreiche Gläubige fanden sich in der Kirche Sacro Cuore im Stadtzentrum Luganos ein, darunter alt Bundesrat Flavio Cotti. Zweieinhalb Stunden dauerte die Zeremonie, in deren Rahmen der Bischofsstab von Pier Giacomo Grampa an den Nachfolger weitergegeben wurde. Durchgeführt wurde die Messe vom päpstlichen Nuntius in der Schweiz, Diego Causera.

Der Bischof von Lugano, Valerio Lazzeri.

Lazzeri war zuletzt Kanoniker an der Kathedrale San Lorenzo in Lugano und Professor an der Tessiner Theologiefakultät. Der 50-Jährige stammt aus dem Dorf Dongio im Bleniotal, studierte in Lugano und Freiburg und promovierte in spiritueller Theologie in Rom. (sda)

## Lindner neuer Chef der FDP

**BERLIN.** Mit Christian Lindner als neuem Vorsitzenden will die FDP nach dem Scheitern bei der Bundestagswahl bis 2017 das Comeback schaffen. Der 34-Jährige wurde gestern auf einem Sonderparteitag in Berlin mit rund 79 Prozent der Stimmen zum Nachfolger von Philipp Rösler gewählt. Das gilt als ordentliches Ergebnis, da Lindner zwei Gegenkandidaten – die zusammen auf gut 15 Prozent kamen – und einige Kritiker in verschiedenen Landesverbänden hatte.

Lindner forderte die Basis auf, die Niederlage abzuhaken und zu kämpfen: «Die Zeit der Trauerarbeit ist zu Ende.» Als erste Bewährungsprobe für ihn gilt die Europawahl Ende Mai nächsten Jahres. (sda)

Die Kosten für das geplante Ministerratstreffen in Basel sind deutlich höher als beim World Economic Forum (WEF) in Davos. Eine Erklärung dafür gibt es beim Bund nicht.

# OSZE-Treffen wird teurer als das World Economic Forum

SERMIN FAKI

**BASEL/DAVOS.** Am Mittwoch wurde Didier Burkhalter zum Bundespräsidenten der Schweizerischen Eidgenossenschaft gewählt. Doch das wird im kommenden Jahr nicht der einzige Spitzenposten für den Aussenminister sein. Gleichzeitig präsidiert der freisinnige Neuenburger für ein Jahr die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Höhepunkt des OSZE-Präsidialjahres ist das im Dezember nächsten Jahres in Basel stattfindende Ministerratstreffen.

### Kosten von 30 Millionen

Während zwei Tagen kommen dort die Aussenminister der 57 Mitgliedstaaten und 12 Partnerländer zusammen. Insgesamt werden 1200 Teilnehmer erwartet. Das Treffen sei ein «Anlass von beträchtlicher Grössenordnung», schreibt der Bundesrat in seiner Botschaft, weshalb er auch ein Budget von 10,77 Millionen Franken für die Organisation genehmigt hat. Hinzu kommen noch die Sicherheitskosten, gemäss Botschaft insgesamt 29,9 Millionen Franken, von denen der Bund 27,9 und der Kanton Basel-Stadt zwei Millionen trägt.

Für Aussenpolitiker Roland Rino Büchel ist das zu teuer: «Sicherheitskosten von 30 Millionen Franken – das macht pro Teilnehmer 25 000 Franken», echauffiert sich der St. Galler SVP-Nationalrat. «Für zwei Tage», fügt er hinzu und erinnert an das Sparpaket von 200 Millionen Franken, das der Nationalrat dem Bund am letzten Montag verordnet hat. Das Sicherheitsbudget für das OSZE-Treffen ging hingegen schlank durch. Nur zehn Nationalräte der SVP stimmten dagegen.

### Unterschied von 158 Franken

Dabei fällt das Sicherheitsbudget für das OSZE-Treffen tatsächlich hoch aus, wenn man es mit jenem für das alljährliche Treffen des World Economic Forum (WEF) in Davos vergleicht. Beispiel Assistenzdienst: Obwohl der WEF-Einsatz der Armee 15 Tage und jener in Basel fünf Tage dauert, fallen die Kosten nur wenig höher aus (Davos 28,8 Millionen Franken; Basel 20 Millionen Franken). Pro Tag kostet ein Soldat in Basel also 158 Franken mehr als in Davos. Und von den teureren Soldaten werden auch noch mehr benötigt. In den Bündner Bergen kamen im Jahr 2011 gut 3300 Armeeangehörige zum Einsatz, in Basel werden es 5000 sein. Dies, obwohl beim WEF mit 2500 Teilnehmern doppelt so viele Personen zu schützen sind wie am Rheinknie. «Und während sich in Basel ein paar Dutzend Aussenminister und viele Beamte treffen, sind es am WEF Hunderte Staatschefs, Monarchen und Wirtschaftsführer, die objektiv mehr Schutz brauchen», fügt Büchel hinzu.

Bild: ky/Arno Balzarini

Soldaten am WEF: 2011 waren 3300 Armeeangehörige im Einsatz.

### Das EDA verwedelt

Beim Aussendepartement EDA bestreitet man diese Zahlen jedoch: «Die von Ihnen genannte Summe in der Höhe von 29,9 Millionen Franken für die Sicherheitsmassnahmen ist uns unbekannt», schreibt eine Sprecherin auf Anfrage und verweist auf die bundesrätliche Botschaft. Die 29,9 Millionen Franken finden sich allerdings auf Seite 14 ebendieser Botschaft. Das hielt in der Nationalratsdebatte aber weder Aussenminister Burkhalter noch die Kommissionssprecher davon ab, Büchel auf eine entsprechende Nachfrage abzufertigen. Der Trick: Man lässt nur jene 5,4 Millionen Franken gelten, die der Bund ausserplanmässig benötigt. Die Argumentation dahinter ist, dass der Assistenzdienst im Rahmen der Rekrutenschule oder eines Wiederholungskurses geleistet werde.

### «Keine militärische Ausbildung»

Büchel hält ein solches Vorgehen für nicht statthaft. Diese Kosten müssten auf jeden Fall transparent ausgewiesen werden, findet er: «Anstatt nämlich den Dienstleistenden eine militärische Ausbildung zu geben, werden Millionen von Steuergeldern dazu benutzt, Basel in eine Festung zu verwandeln, damit sich ein paar hundert Beamte wichtig vorkommen können.»

Büchel kritisiert die hohen Sicherheitskosten für den EDA-Anlass auch, weil das Aussendepartement aus Spargründen immer mehr Konsulate und konsularische Abteilungen auf den Schweizer Botschaften schliesst. Eine Massnahme, gegen die sich Büchel, der im Vorstand der Auslandschweizerorganisation sitzt, seit Jahren wehrt. Umso mehr stört den St. Galler Nationalrat, dass «für solche Gala-Veranstaltungen» viel Geld ausgegeben werde, ohne transparent darüber zu informieren.

Rund um den Pazifischen Ozean soll eine Freihandelszone entstehen - ohne China. Die Verhandlungen sind der Versuch der westlichen Welt, die Handelsregeln für das 21. Jahrhundert festzulegen.

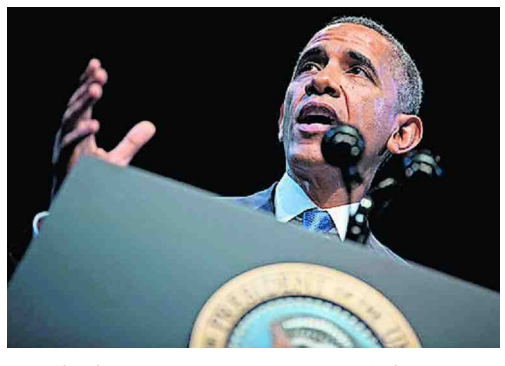
# Abkommen deckt heikle Themen ab

CHRISTIAN MIHATSCH

**PHNOM PENH.** Das gestern morgen verabschiedete «Bali-Paket» der Welthandelsorganisation WTO hat vier Kapitel zu Handelserleichterungen. Die ebenfalls gestern begonnenen Verhandlungen über eine Transpazifische Freihandelszone TPP (Transpazifische Partnerschaft) hat 29 Kapitel. Diese Relation zeigt, wie ehrgeizig die beiden Verhandlungen sind. Bei den WTO-Verhandlungen ging es vor allem um den Abbau von Zollformalitäten. Bei den TPP-Verhandlungen hingegen geht es um eine grosse Palette an handelsrelevanten Regeln: Angefangen bei Agrarfragen über das öffentliche Beschaffungswesen bis hin zu Zollsätzen. Deshalb sind auch sehr viel mehr Interessengruppen von den TPP-Verhandlungen betroffen. Aus diesem Grund sind diese Verhandlungen auch nicht öffentlich, sondern geheim – so geheim, dass bereits die Parlamente mehrerer Länder mehr Transparenz gefordert haben.

### «Zu ehrgeiziges Ziel»

An den TPP-Verhandlungen nehmen zwölf Pazifik-Anrainer teil: Die USA, Mexiko, Kanada, Australien, Neuseeland, Japan, Brunei, Malaysia, Singapur, Vietnam sowie Chile und Peru. Nicht dabei ist China. Das ist kein Zufall. Zusammen mit den dieses Jahr begonnenen Verhandlungen über eine Freihandelszone zwischen den USA und der EU sind die TPP-Verhandlungen der Versuch der westlichen Welt, die Handelsregeln für das 21. Jahrhundert festzulegen. Ob das gelingt, ist allerdings höchst fraglich. Eigentlich hätten die TPP-Verhandlungen schon Ende 2012 abgeschlossen werden sollen. Jetzt soll dies Ende dieses Jahres der Fall sein. Doch gemäss Deborah Elms von der Temasek-Stiftung in Singapur ist auch dieses Ziel zu ehrgeizig: «Wenn man sieht, wie wenig die USA bereit sind, von ihren roten Linien abzurücken, dürfte es März 2014 werden, bis der Deal steht.»



Barack Obama: Im Kongress-Gegenwind.

Aber selbst dann ist unklar, ob die TPP umgesetzt wird. Denn nach Abschluss der Verhandlungen wird der Text öffentlich. Und wie brisant einige der Themen sind, zeigt das einzige Kapitel, das bislang in die Öffentlichkeit gelangt ist. Die Enthüllungsplattform Wikileaks veröffentlichte das Kapitel über den Schutz des geistigen Eigentums. Hier fordern die USA, dass das Urheberrecht um 20 Jahre verlängert wird. Statt 50 Jahre nach dem Tod des Autors, wie weltweit üblich, will die USA, dass Bücher und andere Werke erst 70 Jahre nach dem Tod des Autors in den Besitz der Allgemeinheit übergehen. Ausserdem verlangt die US-Regierung, dass potenziellen Raubkopierern ohne Gerichtsbeschluss der Internetzugang gesperrt werden kann. Dies sind Forderungen, die noch nicht einmal im US-Kongress mehrheitsfähig sind.

Gegen eine schnelle Verabschiedung der neuen Freihandelszone spricht zudem, dass sich der US-Kongress weigert, Präsident Barack Obama die sogenannte Fast-Track-Autorität zu erteilen. Damit könnte Obama vermeiden, dass der Kongress den fertig ausgehandelten Vertrag nachträglich in einzelnen Punkten ändert.

### Guten Willen demonstriert

Auch in Japan warten hohe Hürden auf den Vertrag. Zum einen wird Tokio nicht darum herumkommen, den Schutz der einheimischen Autoindustrie zu lockern. Zum anderen geht es aber auch um die Landwirtschaft. Hier hat die japanische Regierung einen guten Willen demonstriert: Das als «Gentan» bekannte System, in dem Bauern dafür bezahlt werden, keinen Reis anzubauen, wird abgeschafft. In der Folge dürfte sich der Reispreis in Japan halbieren.

Gegenwehr kommt auch von humanitären Organisationen. Für Ärzte ohne Grenzen ist die TPP «der schädlichste Handelsvertrag», wenn es um den Zugang zu Medikamenten geht. Die USA wollen den Patentschutz für Arzneimittel verlängern, was die Herstellung von günstigeren Nachahmerpräparaten behindert.

Die Phalanx der TPP-Gegner zeigt eines: Das Handelsabkommen deckt die wirklich heiklen Themen ab. «Man verlangt von den Ländern, dass sie sich mit Dingen befassen, die sensitiv sind und tief in die Politik eingreifen», sagt Deborah Elms.

THAILAND

## Regierung kippt Amnestiegesetz

**BANGKOK.** Nach tagelangen Protesten hat die thailändische Regierung ein umstrittenes Amnestiegesetz gekippt, das dem im Exil lebenden Ex-Ministerpräsidenten Thaksin Shinawatra die Rückkehr ermöglicht hätte. Dies sagte Ministerpräsidentin Yingluck Shinawatra gestern. Zugleich schloss sie ein politisches Comeback ihres mächtigen Bruders aus. Die überwiegend aus der städtischen Mittelschicht stammenden Regierungsgegner wollen die seit zehn Jahren andauernde Dominanz der Shinawatra-Familie brechen. (sda)

FRANKREICH

## Hollande stockt Truppen auf

**PARIS.** Frankreich schickt nun mehr Soldaten in die Zentralafrikanische Republik als angekündigt. Das Kontingent werde auf 1600 aufgestockt, so Staatspräsident François Hollande gestern. «Das ist eine Zahl, die so lange bleiben wird, wie es für diese Mission nötig ist.» Frankreich hatte zunächst den Einsatz von 1200 Soldaten in der vom Bürgerkrieg bedrohten ehemaligen Kolonie geplant. Dem Land droht eine religiöse und ethnische Spaltung, nachdem moslemische Rebellen im März Präsident François Bozizé gestürzt hatten. (sda)